

Durch das Nadelöhr der Demokratie

Die Kandidatenaufstellung der SPD
zur Bundestagswahl 2017

A large, blurred image of the SPD logo, featuring the letters 'SPD' in a bold, sans-serif font. The logo is centered and appears to be on a dark background, possibly a flag or a sign, with some motion blur or soft focus applied to it.

SPD

Durch das Nadelöhr der Demokratie

**Die Kandidatenaufstellung der SPD
zur Bundestagswahl 2017**

Eine Veröffentlichung des
Instituts für Parlamentarismusforschung (IPar)

Impressum

Herausgeber: Suzanne S. Schüttemeyer, Benjamin Höhne
Mitarbeit von: Danny Schindler, Daniel Hellmann,
Anastasia Pyschny, Malte Cordes, Oliver Kannenberg,
Pia Berkhoff, Sophie Kopsch

Kontakt:

Institut für Parlamentarismusforschung
Mauerstraße 83/84
10117 Berlin
info@iparl.de

Dezember 2021

DOI: 10.36206/KuPu_BuKa17_03

Inhalt

Das IParl und sein erstes Forschungsprojekt	4
<hr/>	
1. Die SPD und die Bundestagswahl 2017	7
<hr/>	
2. Wer wählt die Kandidaten der SPD nach welchen Regeln aus?	10
<hr/>	
3. Was sollten die Kandidaten für eine Aufstellung mitbringen?	20
<hr/>	
4. Wie werden die Aufstellungsprozesse bewertet?	25
<hr/>	
5. Welches Verfahren der Kandidatenaufstellung wünschen sich die Mitglieder?	32
<hr/>	
6. Zusammenfassung: Wer wählt wen, wie und warum in der SPD aus?	37

Das IParl und sein erstes Forschungsprojekt

Das **Institut für Parlamentarismusforschung (IParl)** will dazu beitragen, die demokratische Ordnung in der Gesellschaft fortzuentwickeln und ihre Wertschätzung in der Gesellschaft zu verbessern. Mit diesem Ziel widmet es sich der theoretischen und empirischen Erforschung demokratischer Repräsentation und Legitimation. Besonderer Wert wird dabei auf den engen Bezug zur politischen Wirklichkeit gelegt.

Gegründet wurde das IParl im April 2016 in Halle (Saale) von Prof. Dr. Suzanne S. Schüttemeyer, die bis Oktober 2018 einen Politik-Lehrstuhl an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg innehatte und Chefredakteurin der Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) ist. Das IParl ist eine Einrichtung der in Kiel ansässigen Stiftung Wissenschaft und Demokratie (SW&D), die auch dessen Auftaktforschungsprojekt zur Kandidatenaufstellung finanziert. In diesem Projekt wird in allen sieben inzwischen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien untersucht, wer, wen, wie und warum als Wahlbewerber zur Bundestagswahl 2017 aufgestellt hat.

Kandidatenaufstellungen – Nadelöhr der Demokratie: Bundestagswahlen finden nach dem personalisierten Verhältniswahlssystem statt. Mit der Erststimme wird der Kandidat¹ im Wahlkreis gewählt, mit der Zweitstimme die Liste einer Partei. Wer im Wahlkreis und auf der Liste zur Wahl steht, entscheiden die Parteien. Dies führt zu folgenden Fragen: Wer nominiert eigentlich in den Parteien die Wahlbewerber? Wer tritt für eine Kandidatur mit welcher Motivation an? Welche Regeln gelten dabei? Welche Beweggrün-

1 Aus Platzgründen und für einfache Lesbarkeit wird auf die weibliche Form verzichtet.

de sind bei den Entscheidungen für oder gegen jemanden ausschlaggebend? Und wie beurteilen die Parteimitglieder selbst die Art und Weise ihrer Personalauswahl? Antworten auf diese Fragen gibt die vorliegende Studie am Beispiel der SPD.

Zur Feldforschung in den Parteien: 19.469 Mitglieder von CDU, SPD, CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, FDP und AfD wurden mit standardisierten Fragebögen durch das Berliner Meinungsforschungsinstitut policy matters im Auftrag des IParl befragt. Erhoben wurden die Daten zwischen September 2016 und Juli 2017 auf insgesamt 167 Aufstellungsversammlungen in der gesamten Bundesrepublik. Darunter sind 113 Wahlkreis- und 54 Listennominierungen. Der Rücklauf ist mit 52,2 Prozent für eine sozialwissenschaftliche Erhebung überaus erfreulich.

Befragt wurden zum einen die Bewerber für eine Wahlkreis- oder Listenkandidatur und zum anderen alle Parteimitglieder, die auf einer der ausgewählten Versammlungen den oder die Wahlbewerber aufgestellt haben. Somit geben die Forschungsergebnisse Auskunft zu den Einstellungen und Sichtweisen der aktiven Parteimitglieder. Neben der Befragung mit Fragebögen wurden 125 Versammlungen minutiös wissenschaftlich beobachtet, 425 so genannte teilstrukturierte Leitfadeninterviews bzw. Hintergrundgespräche geführt, die Satzungen der Parteien und die Medienberichterstattung systematisch ausgewertet.

Zu dieser Studie: Zum Gelingen des Forschungsprojekts haben die Mitglieder der Parteien maßgeblich beigetragen. Ihnen gebührt großer Dank – Dank dafür, dass sie den Fragebogen ausgefüllt, an Interviews teilgenommen und den Zugang zu den Veranstaltungen überhaupt erst ermöglicht haben. An sie richtet sich diese Studie in erster Linie. Für leichte Lesbarkeit wurde auf Verweise zu anderen Forschungsergebnissen weitestgehend verzichtet und nur sparsam von Fußnoten Gebrauch gemacht. Einzelne

vertiefende Analysen liegen bereits vor, weitere folgen in den kommenden Monaten.²

Den Tabellen und Abbildungen liegt die Basisstichprobe mit 89 zufällig ausgewählten Wahlkreisen und 48 zufällig ausgewählten Landesverbänden zugrunde (zusätzliche, nach verschiedenen Kriterien bestimmte Sonderfälle werden hier nicht berücksichtigt). Einbezogen wurden zudem Aussagen von Parteimitgliedern aus den strukturierten Leitfadengesprächen.

Weiterführende Informationen zum Forschungsprojekt finden sich unter: **www.iparl.de**. Dort bietet eine interaktive Deutschlandkarte einen Überblick über die untersuchten Wahlkreise und Landesverbände, auch nach Parteien ausdifferenziert. Der ebenfalls abrufbare Methodenbericht dokumentiert u.a. die Parteimitgliederbefragung detailliert.

Ferner sei darauf hingewiesen, dass in den Abbildungen und Tabellen rundungsbedingt geringfügige Abweichungen zu 100 Prozent auftreten können. Letzter Stand der Bearbeitungen ist Dezember 2021.³

- 2 Siehe dazu: Benjamin Höhne, Wie stellen Parteien ihre Parlamentsbewerber auf? Das Personalmanagement vor der Bundestagswahl 2017, in: Carsten Koschmieder (Hrsg.): Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen. Aktuelle Beiträge der Parteienforschung, Wiesbaden 2017, S. 227-253. Weitere Veröffentlichungen finden Sie unter: www.iparl.de/de/publikationen.html.
- 3 Die hier verwendeten Mitgliederangaben stammen sowohl aus eigenen Erhebungen als auch aus der Dokumentation von Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2017 in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), 49. Jg. (2018), H. 2, S. 346-371.

1. Die SPD und die Bundestagswahl 2017

Die SPD war im 18. Deutschen Bundestag (2013 bis 2017) die zweitstärkste Fraktion und trug Regierungsverantwortung als Teil einer Großen Koalition. Spitzenkandidat für die Bundestagswahl 2017 war Martin Schulz, der ab dem 19. März 2017 als Nachfolger Sigmar Gabriels der Partei vorstand. Mit diesem Wechsel verband sich eine innerparteiliche Euphorie, die sich in seinem Wahlergebnis (100 Prozent der Delegiertenstimmen für den neuen Parteivorsitzenden) sowie Neueintritten in die Partei niederschlug. Die zunächst steigenden Umfragewerte, die in der Medienberichterstattung als Zeichen eines so genannten ‚Schulz-Effekts‘ ausgemacht wurden, erwiesen sich aber als Strohfeuer. Enttäuschend gingen die Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen für die SPD aus.

Am 24. September 2017 folgte die Ernüchterung bei der Bundestagswahl: 20,5 Prozent der Wähler gaben der SPD ihre Zweitstimme – das schlechteste Wahlergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik. Von den SPD-Parlamentariern der 18. Wahlperiode traten 83 Prozent (160) zur Bundestagswahl 2017 erneut an. Während in der letzten Fraktion 30 Prozent der Abgeordneten (58) ihr Mandat einem Wahlkreisgewinn und 70 Prozent (135) einem erfolgreichen Listenplatz verdankten, zogen 2017 39 Prozent (59) über den Wahlkreis und 61 Prozent (94) über eine Landesliste in den Bundestag ein. Somit konnte die SPD einen Wahlkreis mehr gewinnen als vier Jahre zuvor, verlor jedoch eine Vielzahl an Listenplätzen.

Nach den gescheiterten Koalitionsverhandlungen der Unionsparteien mit den Grünen und der FDP war die SPD der einzige verbliebene mögliche Regierungspartner. Zwei Drittel der Mitglieder stimmten, nach einer breiten Diskussion innerhalb der Partei, für eine Fortsetzung der Großen Koalition. Ähnlich viele Delegierte

wählten im April 2018 Andrea Nahles zur neuen Parteivorsitzenden der SPD.

Programmatisch gehört zur Identität der SPD das Eintreten für soziale Gerechtigkeit. Dies wurde auch im Bundestagswahlkampf 2017 deutlich gemacht. Dementsprechend lautete der Titel des Bundestagswahlprogramms: „Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken“. Im deutschen Parteiensystem nimmt die SPD eine Mittelposition ein, was dazu beiträgt, dass sie mit allen im Bundestag vertretenen Parteien außer der AfD prinzipiell koalitionsfähig ist. Wenngleich innerparteiliche Strömungen nicht in dem Maße wie in den Parteien DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN relevant erscheinen, sind sie doch vorhanden. Sie schlagen sich bei inhaltlichen Fragen wie im Falle der Agenda-2010-Reformen oder parteistrategischen Auseinandersetzungen, zum Beispiel Rot-Rot-Grün als Zukunftsprojekt, nieder. Strömungen wie die Parlamentarische Linke, das Netzwerk Berlin und der Seeheimer Kreis finden sich auch in der Bundestagsfraktion wieder.

Mit fast 433.000 Mitgliedern war die SPD Ende 2016 die größte Partei im deutschen Parteiensystem. Im Vergleich der großen Parteien ist sie seit 1990 allerdings am stärksten vom Mitgliederrückgang betroffen: Während CDU und CSU einen Verlust von 45 bzw. 24 Prozent zu verkraften haben, verlor die SPD seit dem Jahr der deutschen Wiedervereinigung 54 Prozent der Mitglieder. Zudem ist die Parteimitgliedschaft regional unterschiedlich verteilt. Den größten Landesverband stellt Nordrhein-Westfalen mit knapp 109.000 Mitgliedern, während die Statistik für Mecklenburg-Vorpommern nur circa 2.700 Mitglieder ausweist. Das Ost-West-Gefälle wird daran besonders deutlich, dass das Saarland mehr sozialdemokratische Mitglieder zählt als die Bundesländer Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zusammen.

Die Tabellen und Abbildungen auf den folgenden Seiten geben ausgewählte Ergebnisse der IParl-Befragung unter den Mitglie-

dern der SPD wieder, die die Bundestagskandidaten in den Wahlkreisen⁴ und auf den Landeslisten⁵ aufgestellt haben. Insgesamt haben sich 1.683 Parteimitglieder beteiligt, was einer Rücklaufquote von 57,0 Prozent entspricht.⁶

-
- 4 Dies waren bei der SPD die Wahlkreise Aschaffenburg, Berlin-Pankow, Berlin-Tempelhof-Schöneberg, Borken II, Coburg, Diepholz – Nienburg, Duisburg II, Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz II, Halle, Harburg, Karlsruhe-Stadt, Mosel/Rhein-Hunsrück, Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II, Sächsische Schweiz – Osterzgebirge und Schwarzwald-Baar.
 - 5 Dies waren die SPD-Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Thüringen.
 - 6 Zum Vergleich: Rücklauf bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 79,0 Prozent, DIE LINKE: 62,7 Prozent, CDU: 57,7 Prozent, CSU: 56,2 Prozent, FDP: 49,9 Prozent, AfD: 45,8 Prozent.

2. Wer wählt die Kandidaten der SPD nach welchen Regeln aus?

Gemäß dem Bundeswahlgesetz steht es den Parteien frei, ob sie ihre Bundestagskandidaten auf einer **Mitglieder- oder einer Delegiertenversammlung**⁷ nominieren. Auf einer Mitgliederversammlung sind alle Parteimitglieder der jeweiligen Gebietsseinheit stimmberechtigt, wenn sie bei der anstehenden Bundestagswahl über das Wahlrecht verfügen. Delegierte werden vor der Kandidatenaufstellung aus dem Kreise der Parteimitglieder vor Ort, das heißt auf unterster Ebene der Partei, gewählt.

Die Anzahl der Delegierten setzt sich bei der SPD nach einem Schlüssel zusammen, dem weit überwiegend die Mitgliederzahl im jeweiligen Orts- bzw. Kreisverband zugrunde liegt. In einigen Landesverbänden, etwa in Nordrhein-Westfalen, berechnet sich die Delegiertenzahl auch anteilig anhand der Stimmenergebnisse zurückliegender Wahlen. Für den Fall, dass ein Delegierter am Wahltag sein Stimmrecht unverhofft nicht wahrnehmen kann, können Ersatzdelegierte gewählt werden.

In den **Wahlkreisen** wurden die Direktkandidaten der SPD häufiger auf einer Delegiertenversammlung nominiert. Bei den 15 vom IParl besuchten Wahlkreisversammlungen der SPD wurden die Direktkandidaten auf 12 Veranstaltungen von Delegierten gewählt, auf drei Nominierungsparteitagen von allen Mitgliedern (20 Prozent). Im Durchschnitt waren 84 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Nur bei der CDU (119) und CSU (154) wählten durchschnittlich mehr Personen den Wahlkreiskandidaten.

Die **Landeslisten** der SPD wurden ausschließlich nach dem Delegiertenprinzip aufgestellt. Bei den acht vom IParl untersuch-

⁷ Im weiteren Verlauf des Textes werden die Begriffe „Delegiertenversammlung“ bzw. „Delegierte“ verwendet, die synonym zu den Bezeichnungen „Vertreterversammlung“ und „Vertreter“ zu verstehen sind.

ten Listenparteitagen kamen zwischen 90 und 423 Delegierte zusammen. Im Durchschnitt waren bei diesen Veranstaltungen 248 Delegierte vor Ort. Im Parteienvergleich liegt der Wert zwischen der durchschnittlichen Delegiertenanzahl von CDU (208) und CSU (260).⁸

Das **Wahlverfahren** der SPD ist durch einige Besonderheiten gekennzeichnet. Nach der Wahlordnung Paragraph 4 (1) sollen „Männer und Frauen zu mindestens je 40% in den Parlamenten und lokalen Vertretungskörperschaften vertreten“ sein. Dafür sollen „satzungsmäßige Vorkehrungen“ eingerichtet werden. Gemäß Absatz 2 desselben Paragraphen erfolgt die Aufstellung der Landeslisten für die Wahl zum Deutschen Bundestag „alternierend; eine Frau, ein Mann, beginnend mit dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin“. Neben der angemessenen Vertretung von Frauen und Männern, wird in einigen Landessatzungen darauf hingewiesen, ausreichend Personen auf der Liste zu platzieren, die auch in den Wahlkreisen antreten. Die hessische Landessatzung sieht in Paragraph 5a (2) vor, je einen Wahlkreisbewerber aus jedem der „26 hessischen SPD-Unterbezirke unter den ersten 35 Plätzen der Landesliste“ aufzustellen.

Zudem wird in Paragraph 10 (4b) der Landessatzung Sachsen-Anhalts betont, dass der Geschlechter-Ausgleich „unter angemessener Berücksichtigung der Regionen des Landes und der verschiedenen Politikfelder zu gewährleisten“ ist.

Ausweislich der **soziodemographischen Angaben**, um die die Studienteilnehmer gebeten wurden, waren die befragten Mitglieder aller untersuchten Parteien zu 68,3 Prozent männlich. Bei der SPD lag der Männeranteil unter den Auswählenden mit 60,5 Prozent deutlich darunter. Der Frauenanteil (39,5 Prozent) lag deutlich über dem aller SPD-Parteimitglieder (32,2 Prozent). Lediglich bei

8 Zum Vergleich: AfD: 311, FDP: 273, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 157, DIE LINKE: 132.

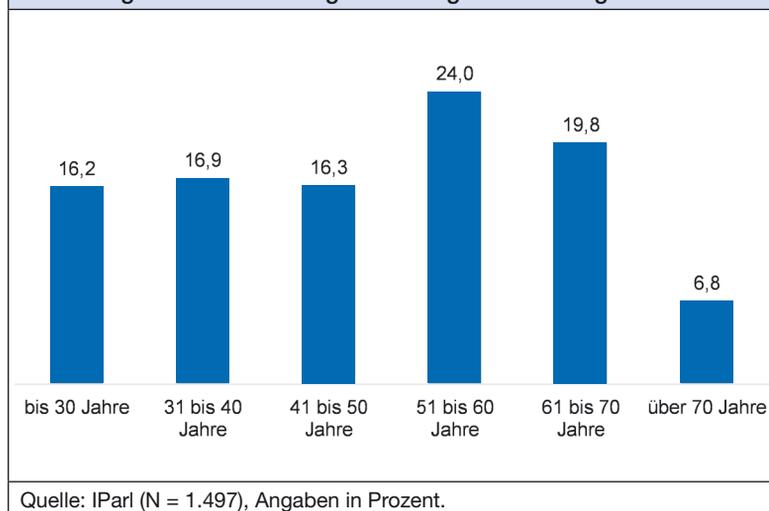
Die Kandidatenaufstellung der SPD

den Grünen und der Linken war der Frauenanteil unter den Befragten höher (jeweils 42,6 Prozent).

Vor dem Hintergrund wandelnder politischer Partizipationsformen sehen sich die Parteien zunehmend damit konfrontiert, junge Menschen für die aktive Parteiarbeit zu gewinnen. Die Aufschlüsselung der befragten SPD-Mitglieder nach Alter zeigt, dass 6,8 Prozent älter als 70 Jahre waren (siehe Abbildung 1), mehr, nämlich 16,2 Prozent, waren unter 30 Jahre alt. Ein noch größerer Anteil der unter 30-Jährigen fand sich nur bei der Linken mit 17,8 Prozent. Knapp ein Viertel der Befragten gehörten zur Altersgruppe zwischen 51 und 60 Jahren. Wenn auch in unterschiedlichen Abstufungen waren in dieser Alterskohorte bei allen Parteien der höchste Anteil der Abstimmberechtigten auszumachen.

Der Altersdurchschnitt der SPD-Stimmberechtigten lag insgesamt bei 48,9 Jahren. Älter waren die auswählenden Mitglieder von CDU (53,4), FDP (52,2), AfD (52,1) und CSU (51,1). Die durchschnittlich jüngsten Mitglieder fanden sich mit 47,9 Jahren bei den

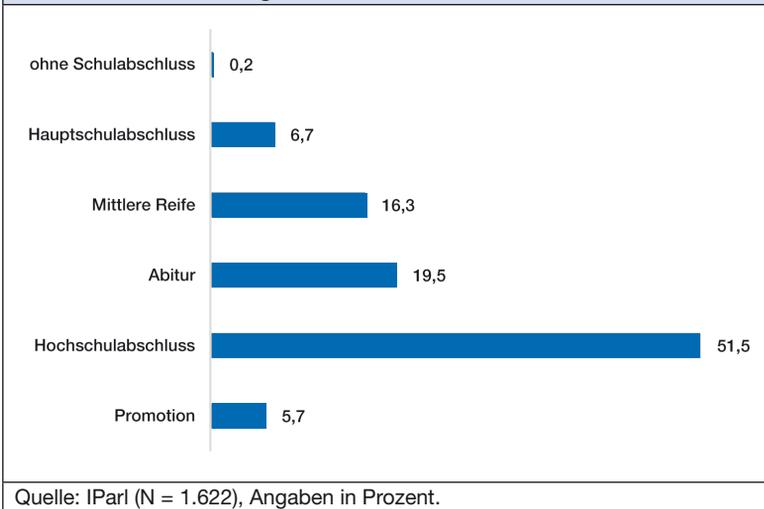
Abbildung 1: Altersverteilung der befragten SPD-Mitglieder



Grünen. Im Vergleich zum Altersdurchschnitt aller SPD-Mitglieder (60) waren die bei der Kandidatenaufstellung abstimmberechtigten Mitglieder mehr als elf Jahre jünger. Mitglieder über dem Altersdurchschnitt (>60 Jahre) waren an der Kandidatenaufstellung demnach weniger aktiv, traten also seltener als Delegierte auf als die Jüngeren.

In der Partizipationsforschung wird gemeinhin von einem positiven Zusammenhang zwischen der individuellen Ressourcenausstattung (zum Beispiel Bildungsgrad oder Einkommen) und dem Aktivitätsniveau ausgegangen. Die vorliegenden Daten zum höchsten Bildungsabschluss der Mitglieder unterstützen diese Annahme. Der Anteil der befragten SPD-Mitglieder ohne einen Schulabschluss ist mit 0,2 Prozent verschwindend gering (siehe Abbildung 2). 6,7 Prozent wiesen einen Hauptschulabschluss und 16,3 Prozent die Mittlere Reife als höchsten Bildungsabschluss auf. Die große Mehrheit hatte die Schule mit Abitur oder Fach-

Abbildung 2: Höchster Bildungsabschluss der befragten SPD-Mitglieder



Die Kandidatenaufstellung der SPD

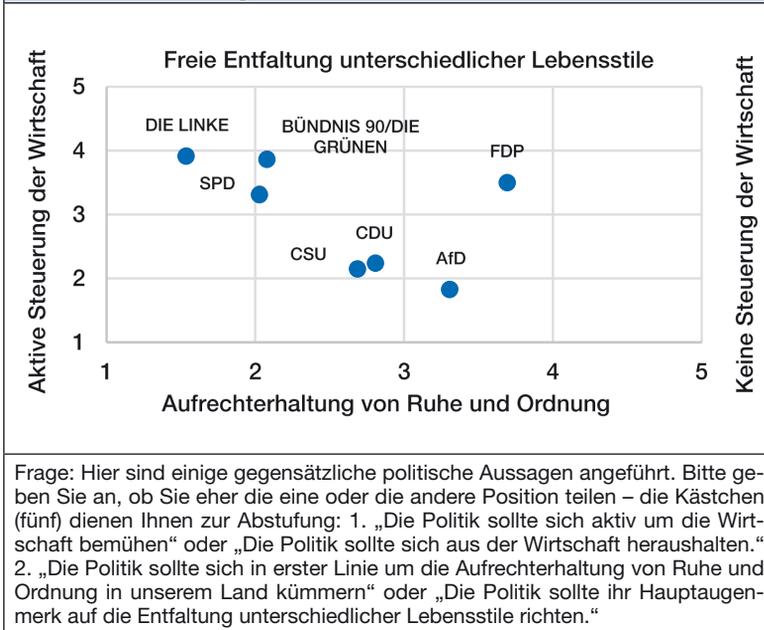
hochschulreife verlassen. Über die Hälfte aller Befragten verfügte zudem über einen Hochschulabschluss. 5,7 Prozent der befragten Personen waren promoviert. Zum Vergleich: Die höchste Promotionsrate unter ihren Mitgliedern wurde bei der FDP (10,4 Prozent) und die niedrigste bei der Linken (3,2 Prozent) ermittelt.

Zusammengefasst ist das an der Kandidatenaufstellung teilnehmende SPD-Mitglied in drei von fünf Fällen männlich, mit annähernd 49 Jahren jünger als im Gesamtdurchschnitt aller Mitglieder und besaß in mehr als drei von vier Fällen das Abitur bzw. die Fachhochschulreife. Demnach nahmen vor allem gut gebildete, mehrheitlich männliche und im Vergleich zu allen anderen Parteimitgliedern deutlich Jüngere an der Kandidatenaufstellung als Abstimmungsberechtigte teil.

Politische Verortung: Auf einer Skala von 1 (links) bis 11 (rechts) stuften die SPD-Mitglieder ihre Ansichten mit 3,4 links-mittig ein und unterscheiden sich damit nur unwesentlich von der Selbsteinschätzung der Grünen (3,5). Während die FDP-Mitglieder sich mit einem Wert von 6,1 ziemlich genau in der Mitte verorteten, sahen sich die Mitglieder der CDU (7,1), CSU (7,3) und AfD (7,8) weiter rechts. Links der SPD ordneten sich die Mitglieder der Linken bei 1,9 ein. Die politische Position ihrer Partei sahen die sozialdemokratischen Mitglieder weiter in Richtung der Mitte positioniert, mit einem Wert von 4,5. Die Abweichung zwischen der Selbsteinschätzung und der Verortung der Partei ist bei den befragten Mitgliedern der SPD mit 1,1 am höchsten, der Durchschnitt der anderen Parteien liegt bei 0,35.

Mit ihren soziokulturellen Wertvorstellungen (vertikale Achse) lagen die Sozialdemokraten im Vergleich nahe bei den Mitgliedern der FDP; am weitesten entfernt von ihnen war die AfD (siehe Abbildung 3). Die meisten sprachen sich eher dafür aus, dass die Politik ihr Hauptaugenmerk auf die freie Entfaltung unterschiedlicher Lebensstile richten sollte (47,3 Prozent für Antwortoption 1 und 2), als für Ruhe und Ordnung zu sorgen (21,2 Prozent für Ant-

Abbildung 3: Wertvorstellungen der befragten Parteimitglieder im Vergleich



wortoption 4 und 5). 31,5 Prozent ließen bei dieser Gegenüberstellung keine Tendenz erkennen und verorteten sich genau zwischen beiden Positionen.

Sozioökonomisch (horizontale Achse) stimmten die Befragten am ehesten mit den Wertvorstellungen der Grünen überein und wiesen zu den FDP-Befragten den größten Unterschied auf: 73,7 Prozent bevorzugten eine aktive Steuerung der Wirtschaft durch die Politik (Antwortoption 4 und 5). Nur 6,1 Prozent sprachen sich dafür aus, dass sich die Politik aus der Wirtschaft heraushalten solle (Antwortoption 1 und 2). 20,2 Prozent ließen keine Tendenz erkennen.

Bei einer Gesamtschau auf die beiden Wertvorstellungen ist bei der Mehrzahl der befragten Sozialdemokraten die sozial-liberale

Orientierung eindeutig erkennbar. Während politische Eingriffe in die wirtschaftlichen Vorgänge eindeutig erwünscht sind, wird der freien persönlichen Entfaltung ein hoher Wert zugeschrieben. Vor allem bei der soziokulturellen Verortung wird die Notwendigkeit verdeutlicht, in den inhaltlichen Parteipositionen den Ausgleich zwischen verschiedenen Präferenzen der sozialdemokratischen Mitglieder zu finden.

Entscheidungsträger: Bei der Nominierung der Kandidaten hat jedes Parteimitglied dasselbe Stimmgewicht und damit formal denselben Einfluss auf die Auswahlentscheidung wie jedes andere Mitglied, das sich beteiligt. Die Realität zeigt aber, dass es Mitglieder gibt, die mehr Einfluss ausüben als andere. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn eine Person ein Parteiamt innehat, zu dessen Aufgaben die Organisation der Aufstellungsversammlung gehört. Auch Kreis- oder Landesvorstandsmitglieder, die sich Gedanken darüber machen, wer für eine Kandidatur in Frage käme und potenzielle Kandidaten ansprechen oder sogar selbst kandidieren, nehmen mehr Einfluss auf den Verlauf der Kandidatenaufstellung, als der durchschnittliche Stimmberechtigte.

Je nachdem, ob ein Direktkandidat im Wahlkreis gewählt oder über Landesliste verabschiedet wird, werden unterschiedliche Akteure als **besonders einflussreich** erachtet. Nach Einschätzung der Befragten der SPD im **Wahlkreis** waren auf einer Skala von 1 für gar keinen Einfluss bis 5 für sehr großen Einfluss im Mittel die Wahlberechtigten der Aufstellungsversammlung (3,9) am einflussreichsten, gefolgt vom Kreisvorstand (3,4) und der Parteibasis (3,4). Der geringste Einfluss wurde den Kirchen bzw. religiösen Organisationen (2,0) zugesprochen.

Bei der **Entscheidung über die Landesliste** hatten nach Angabe der Mitglieder erneut die Kirchen bzw. religiösen Organisationen (1,9) sowie – in diesem Fall – die Organisationen aus dem gesellschaftlichen Vorfeld der Partei (2,0) den geringsten Einfluss. Mit einem Mittelwert von 3,9 wurde der größte Einfluss dem Lan-

desvorstand zugeschrieben. Erst an zweiter Stelle wurden die Wahlberechtigten der Aufstellungsversammlung (3,6) genannt.

Zu der Bedeutungsbeimessung des Landesvorstandes trägt der üblicherweise im Vorfeld einer Aufstellungsversammlung erarbeitete Listenvorschlag bei. Auf allen beobachteten SPD-Veranstaltungen existierte ein solcher Listenvorschlag des Landesvorstandes. Mit Ausnahme der Aufstellungsversammlungen in Bayern und Thüringen setzte sich dieser Vorschlag bei den untersuchten Veranstaltungen auch durch.

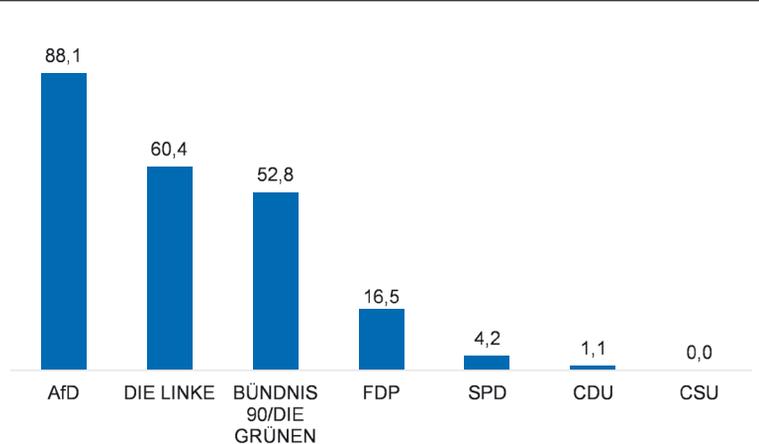
Ebenfalls eine wichtige Funktion bei der Erstellung des Vorschlags nehmen die Bezirke ein. Laut einem bayrischen SPD-Mitglied hatte „in der Regel [...] der Bezirksvorstand einen Vorschlag ausgearbeitet, in welcher Reihenfolge die [Bewerber] platziert werden sollen.“ Ähnliches betonte ein Mitglied aus Nordrhein-Westfalen, als er die „Unterbezirke und Regionen“ als wichtigen Akteur bei der Listenaufstellung benannte.

Wettbewerb um die besten Plätze: Dass die Kandidatenvorschläge bei der SPD weitestgehend auf Zustimmung treffen, verdeutlicht die niedrige Anzahl umkämpfter Listenplätze. Auf den untersuchten Versammlungen bewarb sich nur auf 4,2 Prozent der Listenplätze mehr als ein Parteimitglied um die Nominierung. Weniger Wettbewerb gab es lediglich bei der CSU, bei der gar keine Gegenkandidatur zum Listenvorschlag erfolgte, sowie bei der CDU. Bei der FDP, den Grünen, den Linken und der AfD war der Wettbewerb erheblich ausgeprägter (siehe Abbildung 4).

Der Anteil der umkämpften Listenplätze sagt jedoch noch nichts darüber aus, wie stark sie umkämpft sind. Die meisten Kandidaturen je Listenplatz zählte die AfD mit durchschnittlich 5,0 Bewerbern. Bei der SPD traten durchschnittlich 1,1 Bewerber an; ein geringfügig höherer Wert als bei den Unionsparteien mit durchschnittlich einem Kandidaten pro Listenplatz, wobei bei der CDU immerhin zwei Listenplätze und bei der CSU kein Listenplatz umkämpft war.

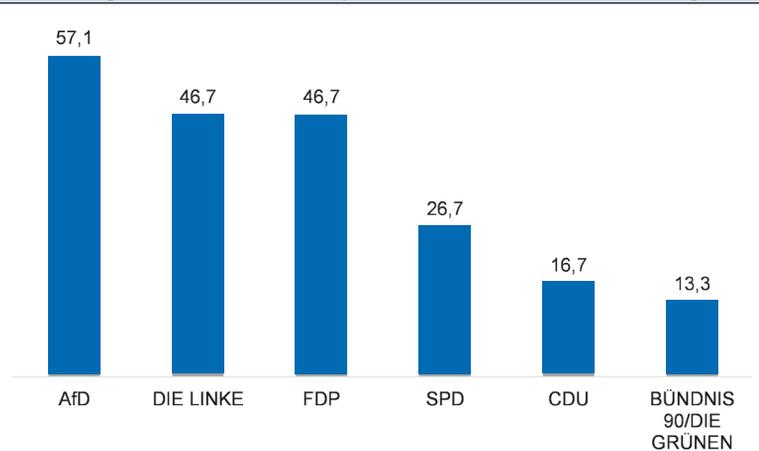
Die Kandidatenaufstellung der SPD

Abbildung 4: Anteil der umkämpften Listenplätze im Vergleich



Quelle: IParl, Berechnung auf Grundlage der teilnehmenden Beobachtungen (N = 1.246 Listenplätze), Angaben in Prozent.

Abbildung 5: Anteil der umkämpften Direktkandidaturen im Vergleich



Anmerkung: Da nur drei CSU-Wahlkreisauflösungsversammlungen besucht wurden, wurde auf eine Darstellung verzichtet.

Quelle: IParl (N = 86 zufällig ausgewählte Wahlkreis-Aufstellungen), Angaben in Prozent.

Bei der Aufstellung der SPD-Direktkandidaten gab es mehr Wettbewerb als auf der Landesebene. Mehr als ein Viertel der Wahlkreisveranstaltungen waren umkämpft (siehe Abbildung 5). Kommt es zum Wettstreit, können die Mitglieder nicht nur entscheiden, ob jemand überhaupt für eine Bundestagskandidatur geeignet ist, sondern auch, wer von den Bewerbern der geeignetere ist. Zudem besitzen Direktkandidaten der SPD in Teilen Deutschlands gute Chancen über das Direktmandat in den Bundestag einzuziehen. Im Durchschnitt kandidierten bei der SPD 1,4 Wahlkreisbewerber. Die meisten Personen stellten sich bei der AfD (2,2) zur Wahl, gefolgt von der Linken mit durchschnittlich 1,6 Wahlkreisbewerbern.

Das intensivere Wettbewerbsverhalten im Wahlkreis kann durch die Tatsache erklärt werden, dass die allermeisten Direktkandidaten vor der Wahl der Landesliste aufgestellt werden und die Kandidatur im Wahlkreis als zentrale Voraussetzung für einen erfolgversprechenden Listenplatz gilt.⁹

9 Vgl. Suzanne S. Schüttemeyer / Roland Sturm, Der Kandidat – das (fast) unbekannte Wesen. Befunde und Überlegungen zur Aufstellung der Bewerber zum Deutschen Bundestag, in: ZParl, 36. Jg. (2005), H. 3, S. 548.

3. Was sollten die Kandidaten für eine Aufstellung mitbringen?

Die wichtigste Aufgabe der oben beschriebenen Auswählenden ist es zu entscheiden, wer wie aussichtsreich für den Deutschen Bundestag kandidieren darf. Aber nach welchen Kriterien geschieht dies? Was müssen Kandidaten mitbringen, um aufgestellt zu werden?

Jeder von ihnen verfügt über unterschiedliche **persönliche Eigenschaften, Ressourcen und Motive**, die ihm helfen können, die Aufstellung als Bundestagskandidat zu erreichen. Um zu bestimmen, welche davon den stimmberechtigten Mitgliedern vor Ort wichtig sind und welche eher nicht, wurde den Befragten eine Liste von 21 Kandidateneigenschaften vorgelegt. Deren Relevanz für ihre eigene Wahlentscheidung konnten sie von „sehr wichtig“ bis „gar nicht wichtig“ einschätzen. Eine detaillierte Übersicht über die Antworten findet sich in Tabelle 1 (aus Gründen der Übersichtlichkeit befindet sich diese im Anhang). Die folgenden Zahlen stellen jeweils die Summen der Antwortmöglichkeiten „wichtig“ und „sehr wichtig“ dar.

Zunächst fällt auf, dass die **Auswahlkriterien**, die von einer Mehrheit von mehr als 75 Prozent der Befragten für wichtig bzw. sehr wichtig erachtet wurden, im Wahlkreis wie auf Landesebene annähernd dieselben sind. Auch unterscheiden sich die gewünschten Kandidatenmerkmale kaum zwischen den Parteien. Die beiden wichtigsten Eigenschaften waren für die befragten SPD-Mitglieder jeweils die **Bürgernähe** und die **Verbundenheit mit der Parteibasis**. Kandidaten ohne wahrnehmbare Rückkopplung bei der lokalen Bevölkerung und den Parteimitgliedern dürften somit schlechte Chancen haben, für die SPD oder eine andere Partei nominiert zu werden. Ein Mitglied aus Nordrhein-Westfalen charakterisierte diese Verbundenheit am Beispiel einer dortigen Kandidatin: „Das heißt, sie betreut die Mitglieder, sie ist in Veran-

staltungen, die wir hier aufführen. Innerhalb der Partei wie auch außerhalb der Partei.“ Darüber hinaus wurde das Interesse an den Problemen der Bürger und Mitglieder erwähnt, sowie auf die Notwendigkeit einer lokalen „Verankerung“ verwiesen.

Der Wunsch nach Bürgernähe dürfte stark mit dem ebenfalls sehr wichtig eingestuften Kriterium der **Chance, Wählerstimmen zu gewinnen**, zusammenhängen. Dieses war für 93,1 Prozent im Wahlkreis und 93,4 Prozent bei der Listenaufstellung wichtig oder sehr wichtig. In dieselbe Richtung sind auch die hohen Zustimmungswerte (88,3 Prozent im Wahlkreis und 87,0 Prozent auf Landesebene) zur Bedeutung **wirksamer Öffentlichkeitsarbeit** zu interpretieren. Mit 92,9 Prozent im Wahlkreis und 95,3 Prozent auf der Landesebene stellt der **Sachverstand in bestimmten Politikbereichen** ein weiteres sehr wichtiges Auswahlkriterium dar. Die Kandidaten der Sozialdemokraten sollten demnach auch inhaltlich zu überzeugen wissen, wenn sie ihre Chancen auf eine Bewerbung erhöhen möchten.

Die Betonung der Fähigkeit, Wählerstimmen zu gewinnen, ist wenig überraschend, haben doch die Kandidaten der SPD zusammen mit denen der Unionsparteien die besten Aussichten, Direktmandate zu erlangen. Dazu wurde auch die **persönliche Ausstrahlung** der Kandidaten von 94,3 Prozent der Befragten im Wahlkreis als wichtiges oder sehr wichtiges Merkmal angesehen.

Die Übereinstimmung mit den **politischen Positionen der Partei** wurde von mehr Befragten auf der Landesebene als im Wahlkreis als wichtiges Merkmal angesehen (91,5 Prozent zu 86,5 Prozent). Jeweils gleich hohe Zustimmungswerte verzeichnete hingegen die Frage nach der Bedeutung einer Übereinstimmung mit den eigenen inhaltlichen Positionen (87,4 Prozent im Wahlkreis und 86,0 Prozent auf der Landesebene).

Aufhorchen lässt der Befund, dass teils schwer miteinander zu vereinbarende Anforderungen an die Kandidaten gestellt werden. Sie sollen gleichzeitig Lebenserfahrung außerhalb der Partei ge-

sammelt (81,5 bzw. 83,5 Prozent auf Wahlkreis- bzw. Landesebene) und sich in der Partei vor Ort bewährt haben (80,0 Prozent und 79,8 Prozent auf Wahlkreis- bzw. Landesebene befanden dies als wichtig oder sehr wichtig). Auch hier zeigt sich: Diejenigen, die die Kandidaten auswählen, wollen, dass künftige Bundestagsabgeordnete sich nicht nur in der Partei engagieren, sondern auch mit „beiden Beinen im Leben stehen“.

Politische Erfahrung können Parteimitglieder schon auf der lokalen Ebene, etwa als Stadtrat, sammeln. Nicht umsonst wird die Kommune als „Schule der Demokratie“ bezeichnet. Immerhin 73,4 Prozent der Befragten auf Wahlkreis- und 68,0 Prozent auf Landesebene empfanden kommunalpolitische Erfahrung als wichtig. Damit rangiert diese geringfügig vor der landespolitischen mit 58,0 und 51,1 Prozent Zustimmung.

Auch der Auftritt auf der Nominierungsveranstaltung kann über Erfolg oder Misserfolg einer Kandidatur entscheiden. So wurde der **Bewerbungsrede** von 72,1 Prozent im Wahlkreis und 66,0 Prozent auf der Landesebene eine große Bedeutung beigemessen. Für die individuelle Abstimmungsentscheidung wird die Rede wohl aber vor allem dann relevant, wenn mehrere Kandidaten antreten. Im Parteienvergleich fällt auf, dass bei den Grünen, die als eine Partei gelten, deren Parteitage immer für Überraschungen sorgen können, mit 82,9 Prozent genauso viele Befragte die Bewerbungsrede als wichtig oder sehr wichtig einschätzten wie bei der FDP oder der AfD (80,4 bzw. 79,7 Prozent). Die befragten Mitglieder der Linken sahen mit jeweils etwa 69 Prozent die Bewerbungsrede ähnlich wichtig an wie die Sozialdemokraten.¹⁰

Während die **Attraktivität bzw. gutes Aussehen** der Kandidaten nur für 27,8 Prozent der Befragten ein relevantes Auswahlkriterium darstellte, wurde dennoch darauf Wert gelegt, dass die

¹⁰ Wird nur ein Wert angegeben, stellt dieser den Durchschnitt von Wahlkreis- und Landesebene dar.

Kandidaten ein gepflegtes Erscheinungsbild an den Tag legen. Dies war insgesamt 78,8 Prozent der befragten SPD-Mitglieder wichtig oder sehr wichtig. Im Parteienvergleich bewerteten sie diese Items ähnlich wie die Befragten von der Linkspartei und den Grünen. Von etwas größerer Bedeutung waren Aussehen und Erscheinungsbild bei CDU, CSU, AfD und FDP.

Ein **Dokortitel** wurde in allen Parteien von der überwiegenden Mehrheit der Befragten als gänzlich unwichtiges Merkmal betrachtet. Nur 2,2 Prozent der befragten SPD-Mitglieder im Wahlkreis und 1,5 Prozent auf Landesebene maßen dem Titel eine Bedeutung bei.

Ein vorhandenes **Bundestagsmandat** wurde als nur geringfügig wichtiger als ein Dokortitel eingestuft. Dieser Befund verwundert, denn seit den ersten Forschungsarbeiten zur Kandidatenaufstellung in Deutschland¹¹ gilt ein vorhandenes Bundestagsmandat als beste Voraussetzung, um wieder nominiert zu werden. Abgeordnete können bei der Kandidatenaufstellung aufgrund ihrer Amtserfahrung auf Ressourcen und Fähigkeiten zurückgreifen, die Bewerber ohne ein Mandat nur unter erschwerten Bedingungen erlangen können. Hinzu kommt das hohe Ansehen, das Bundestagsabgeordneten von Seiten der Parteimitglieder und damit in Teilen auch den Auswählenden, für ihre Arbeit entgegengebracht wird. Von daher werden Amtsinhaber nur selten herausgefordert und noch seltener tatsächlich gegen ihren Willen nicht erneut aufgestellt.

Dies lässt sich parteiübergreifend auch für die Bundestagswahl 2017 bestätigen. Von den 630 Abgeordneten des 18. Deutschen Bundestags traten 520 wieder an. Nur in Einzelfällen wurden Abgeordnete nicht wieder aufgestellt, wenn sie eine weitere Kandidatur angestrebt hatten.¹² 420 von den 520 wiedernominierten

11 Exemplarisch sei hier Bodo Zeuner genannt: Bodo Zeuner, Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965. Untersuchungen zur innerparteilichen Willensbildung und zur politischen Führungsauslese, Dordrecht 1970.

12 Bei der SPD trifft dies am ehesten auf Steffen-Claudio Lemme zu, der als amtierender Abgeordneter die Kampfkandidatur um den Listenplatz 3 in Thürin-

Die Kandidatenaufstellung der SPD

Parlamentariern wurden dann auch in den 19. Deutschen Bundestag gewählt. Dass es 100 von ihnen dennoch nicht erneut geschafft haben, ist vor allem auf die Stimmenverluste von CDU, CSU und SPD zurückzuführen.

Von den insgesamt 479 sozialdemokratischen Kandidaten, die sich im Wahlkreis und auf Landeslisten für ein politisches Mandat haben aufstellen lassen, waren 160 bereits Abgeordnete im 18. Deutschen Bundestag. Von den 153 gewählten SPD-Abgeordneten saßen 130, also 85 Prozent auch schon im letzten Bundestag. Damit stellt die SPD den größten Anteil an Abgeordneten, die bereits in der vergangenen Legislatur vertreten waren. Bei den Unionsparteien ist der Anteil nur geringfügig kleiner (80,5 Prozent bei CDU und 82,6 Prozent bei CSU). Die Linkspartei weist diesbezüglich mit 60,9 Prozent den geringsten Anteil auf.

Im Kontrast dazu stehen die Befragungsergebnisse, denen zufolge ein vorhandenes Bundestagsmandat allein kein hinreichendes Auswahlkriterium ist. Vielmehr zeichnen sich Abgeordnete üblicherweise durch eine Vielzahl der oben genannten Kriterien aus und treffen daher auf großen Zuspruch seitens der Auswählenden.

Fasst man die Ergebnisse zusammen, wünschten sich die befragten SPD-Mitglieder Kandidaten, die sowohl in der Partei als auch in der Bevölkerung verwurzelt und somit in der Lage sind, für sich und die Partei Wähler zu gewinnen. Angesichts der zunehmenden Bedeutung der medialen Vermittlung von Politikinhalten betonte eine deutliche Mehrheit der befragten Sozialdemokraten, dass eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit für sie ebenso ein wichtiges Kandidatenmerkmal darstellt.

gen gegen Christoph Matschie verlor. Seine erneute Kandidatur auf Listenplatz 5 war zwar erfolgreich, jedoch konnte bereits vor der Wahl davon ausgegangen werden, dass dieser Platz nicht für den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag ausreichen würden.

4. Wie werden die Aufstellungsprozesse bewertet?

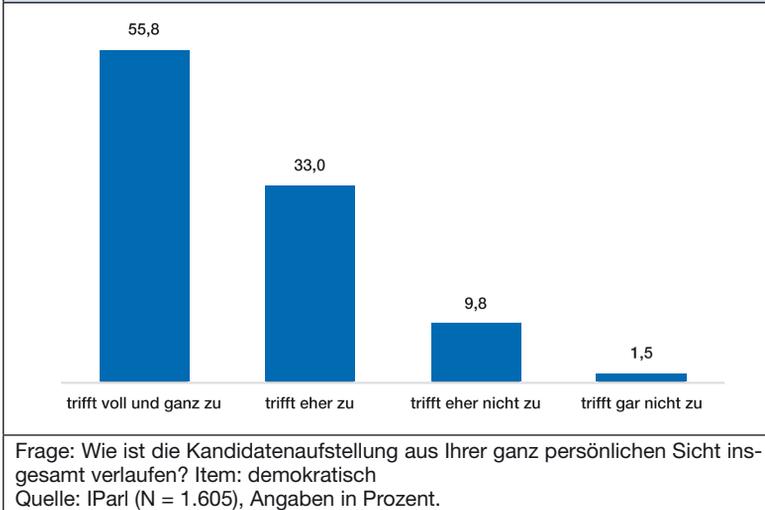
Will man die Kandidatenaufstellungen zum Deutschen Bundestag bewerten, ist das Urteil jener, die selbst an den Nominierungsveranstaltungen teilgenommen haben, besonders aufschlussreich. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Fragen von besonderem Interesse: Wie zufrieden sind die Mitglieder mit der Kandidatenaufstellung? Wie gut fühlen sie sich eingebunden? Empfanden sie die Kandidatenaufstellung als demokratisch? Ist der Nominierungsprozess zu kompliziert? Hielt er Überraschungen bereit, oder waren die Ergebnisse vorhersehbar? Und wie steht es um die Transparenz?

Etwas mehr als die Hälfte (55,8 Prozent) der an der Bewerberauswahl beteiligten SPD-Mitglieder bewerteten das jeweilige Aufstellungsverfahren als voll und ganz **demokratisch** (siehe Abbildung 6). Ein Drittel der Befragten stimmte dem eher zu. Im Vergleich mit den anderen Parteien lässt sich bei der SPD der mit Abstand geringste Wert bezüglich der Einschätzung des demokratischen Gehalts verzeichnen. Der zweitniedrigste Wert für den Anteil der „voll und ganz“-Zustimmenden war bei der Linken mit 64,6 Prozent vorhanden. Die größte Zustimmung war bei der AfD zu verzeichnen (drei Viertel der Befragten stimmten voll und ganz zu).

Die Zuschreibung „demokratisch“ kann, wie alle anderen hier verwendeten Bewertungsmaßstäbe, unterschiedlich verstanden werden. Aufgrund des Kontextes liegt es jedoch nahe, Zufriedenheit mit dem Demokratiegehalt als Zufriedenheit mit den eigenen Möglichkeiten, Einfluss auszuüben, aufzufassen. Deutlich wird dies auch daran, dass 96 Prozent derer, die bei der SPD mit dem Angebot an Beteiligungsmöglichkeiten bei der Kandidatenaufstellung (sehr) zufrieden waren, das Nominierungsverfahren als demokratisch erachteten. Eher formale Anforderungen an demokratische Verfahren wie gleiche und geheime Wahlen sind gesetzlich

Die Kandidatenaufstellung der SPD

Abbildung 6: Demokratische Kandidatenaufstellung bei der SPD?



normiert und können als gegeben betrachtet werden. Aus Sicht der Studienteilnehmer gab es somit – angesichts der insgesamt hohen Zustimmungswerte – wenig Reformbedarf, die Nominierungsprozesse demokratischer zu gestalten.

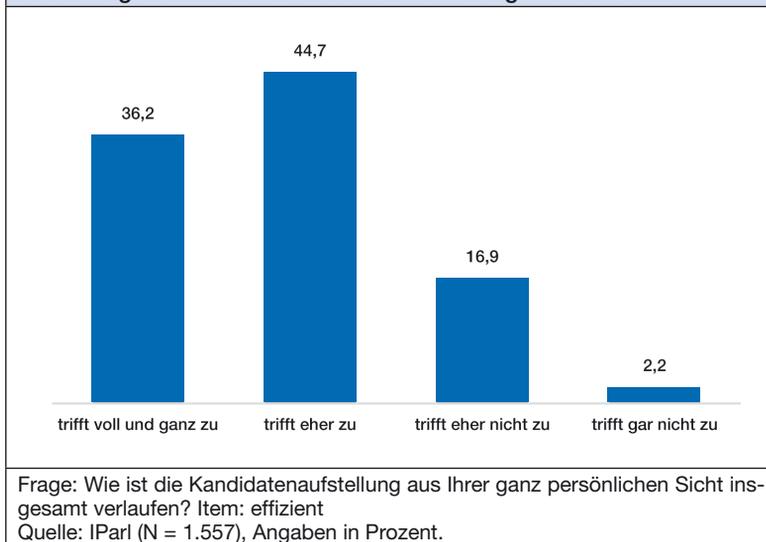
In Anbetracht der hohen Zufriedenheitswerte bei der Aussage, die Kandidatenaufstellung sei demokratisch verlaufen, stellt sich die Frage, ob ein demokratisches Verfahren zugleich ein effizientes sein kann. Lange Diskussionen und Abstimmungen mit möglichst vielen Teilnehmern werden zwar als demokratisch wahrgenommen, doch können sie auch als effizient beurteilt werden?

Der Aussage, die Kandidatenaufstellung sei **effizient** verlaufen, stimmten 36,2 Prozent der SPD-Befragten voll und 44,7 Prozent zumindest eher zu (siehe Abbildung 7). Zur Effizienz dürften vor allem strukturierende Maßnahmen wie offizielle und inoffizielle Listenvorschläge sowie eine begrenzte Zeitdauer der Parteitage beitragen. Liegt kein Listenvorschlag vor, ist die Bewerberlage unübersichtlich, und es treten in einer Vielzahl der Fälle mehrere

Kandidaturwillige an. Dies führt zu mehr und längeren Wahlgängen und damit Parteitag, die als ineffizient empfunden werden können. In der Zeit, in der beispielsweise die SPD Nordrhein-Westfalen eine Landesliste von 86 Personen aufstellte, konnte sich die AfD in Sachsen-Anhalt gerade einmal auf eine Wahlordnung für die Wahl der Bewerber verständigen.

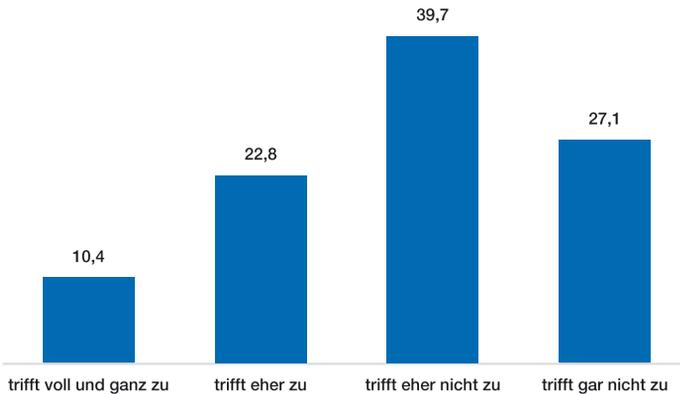
Aber selbst die Befragten der AfD, denen so gut wie nie Listenvorschläge vorgelegt wurden, bewerteten die Aufstellung mit 74,2 Prozent als sehr oder eher effizient. Die in der Summe hohen Zustimmungswerte bei dieser und der vorherigen Frage zeigen somit entgegen der eingangs formulierten Vermutung, dass demokratische und effiziente Verfahren aus Sicht der Befragten keine Gegensätze sein müssen. Allerdings ist bei der Interpretation auch die – nicht quantifizierbare – soziale Erwünschtheit bei der Beantwortung eines Fragebogens einzukalkulieren, also das Bestreben, die eigene Partei nicht ins „schlechte Licht zu rücken“.

Abbildung 7: Effiziente Kandidatenaufstellung bei der SPD?



Die Kandidatenaufstellung der SPD

Abbildung 8: Komplizierte Kandidatenaufstellung bei der SPD?

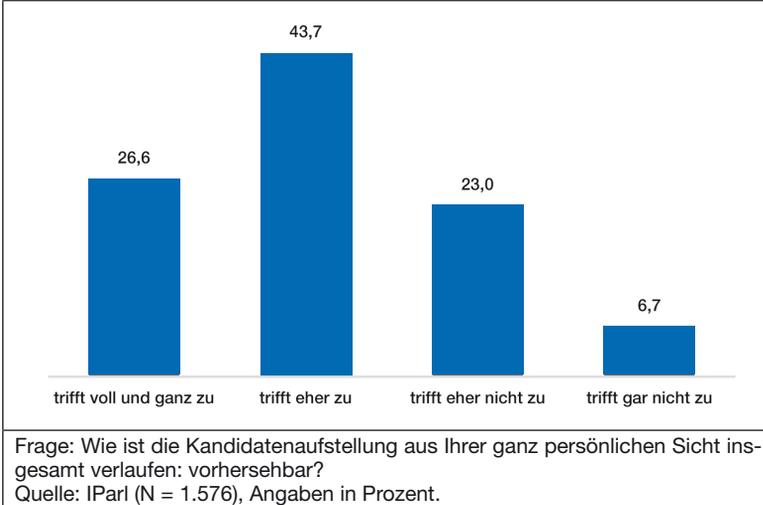


Frage: Wie ist die Kandidatenaufstellung aus Ihrer ganz persönlichen Sicht insgesamt verlaufen? Item: kompliziert
Quelle: IParl (N = 1.561), Angaben in Prozent.

Ebenso wenig müssen demokratische Prozesse als **kompliziert** eingestuft werden. Ein Drittel (33,2 Prozent) der befragten Sozialdemokraten stimmte der Aussage, die Kandidatenaufstellung sei kompliziert verlaufen, voll und ganz (10,4 Prozent) oder zumindest eher zu (22,8 Prozent, siehe Abbildung 8). Im Parteienvergleich ist dies der zweithöchste Zustimmungswert nach den Befragten der AfD (36,1 Prozent). Vor dem Hintergrund der unstrukturierten Aufstellungsversammlungen der AfD, vermag die vergleichbar hohe Zustimmung seitens der Sozialdemokraten überraschen. Tatsächlich kamen bei der SPD selten komplizierte Wahlverfahren zum Einsatz. Direktkandidaten wurden mit absoluter Mehrheit, Listenkandidaten entweder einzeln, ebenfalls mit absoluter Mehrheit oder en bloc gewählt.

Sieben von zehn Befragten der SPD bewerteten das Nominierungsverfahren als **vorhersehbar**: Mehr als jeder Vierte (26,6 Prozent) stimmte dem voll und ganz zu, 43,7 Prozent der Studienteilnehmer stimmten eher zu (siehe Abbildung 9).

Abbildung 9: Vorhersehbare Kandidatenaufstellung bei der SPD?



Großen Einfluss auf die Vorhersehbarkeit von Kandidatenaufstellungen hatten wahrscheinlich Kampfkandidaturen. Wenn zwei Kandidaten aussichtsreich gegeneinander antreten, kann es schwer vorherzusehen sein, wer sich durchsetzt. Wie bereits gezeigt, kandidierten bei der SPD auf Wahlkreisebene (siehe Abbildung 5 weiter oben) in einem Viertel der Fälle (26,7 Prozent) mehrere Personen um eine Position; auf Landesebene (siehe Abbildung 4 weiter oben) war dies lediglich bei 4,2 Prozent der Listenplätze der Fall. Festhalten lässt sich, dass bei den Kandidatenaufstellungen der SPD Gegenkandidaturen eher die Ausnahme darstellten; ähnlich verhält es sich bei CDU und CSU.

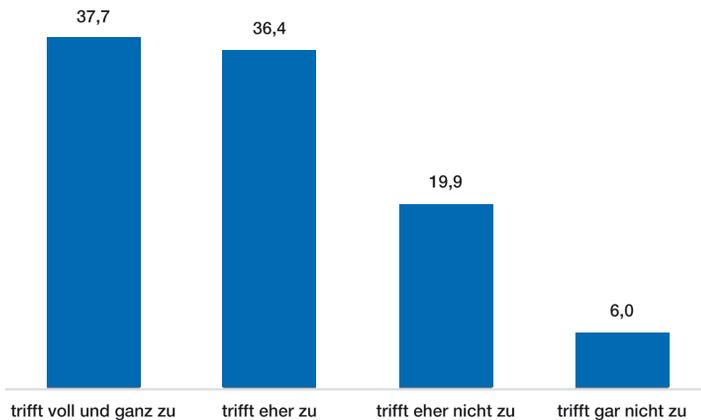
Im Parteienvergleich weisen die Sozialdemokraten ähnliche Werte beim Kriterium der Vorhersehbarkeit auf wie FDP und Bündnisgrüne. Mehr Potential für Überraschungen existierte offenbar bei der AfD (hier gaben nur 42,7 Prozent der Befragten an, dass das Verfahren vorhersehbar verlaufen sei). So wurden die Veranstaltungen von CDU und CSU (77,2 bzw. 91,0 Prozent) öfter

Die Kandidatenaufstellung der SPD

als vorhersehbar wahrgenommen. Die Vermutung, vor allem der ungewisse Ausgang von offenen Abstimmungssituationen würde Veranstaltungen weniger vorhersehbar machen, erscheint in Anbetracht des Parteienvergleichs plausibel.

Manchmal wird der pauschale Vorwurf erhoben, die Parteien würden Entscheidungen, wie etwa Kandidatennominierungen, in „Hinterzimmern ausklügeln“. Dagegen beurteilten 74,1 Prozent der befragten SPD-Mitglieder die Nominierungsprozesse als **transparent** (siehe Abbildung 10). Darunter kann verstanden werden, dass eine allgemeine Einsicht in die Vorfeldprozesse möglich und gewährleistet ist, bzw. den Auswählenden mitgeteilt wird, wie es zu etwaigen vorgelagerten Entscheidungen kam. 6,0 Prozent waren der Auffassung, dass dies überhaupt nicht der Fall gewesen sei. Dies stellt, vor CDU und FDP (jeweils 4,0 Prozent), den höchsten Wert unter allen befragten Parteien dar.

Abbildung 10: Transparente Kandidatenaufstellung bei der SPD?



Frage: Wie ist die Kandidatenaufstellung aus Ihrer ganz persönlichen Sicht insgesamt verlaufen? Item: transparent
Quelle: IParl (N = 1.574), Angaben in Prozent.

Erfahrene Parteipolitiker, die einen Großteil der Anwesenden auf Aufstellungsversammlungen ausmachen, kennen das Verfahren und haben Einsicht in die Hintergrundprozesse, die dem ‚einfachen‘ Mitglied oder der Öffentlichkeit verschlossen bleiben. Auch bei den anderen Parteien lassen sich ähnlich hohe Transparenz-Bewertungen beobachten. Bei der FDP, die nach der SPD die geringsten Werte vorzuweisen hat, waren immerhin 80,2 Prozent der Befragten der Ansicht, das Verfahren sei transparent gewesen. Bei der CSU gaben dies die meisten Befragten (92,6 Prozent) an. Egal wie unterschiedlich die Verfahren zur Bestimmung der Kandidaten für die Bundestagswahl auch sind, sie wurden von einer großen Mehrzahl der Befragten als transparent empfunden.

5. Welches Verfahren der Kandidatenaufstellung wünschen sich die Mitglieder?

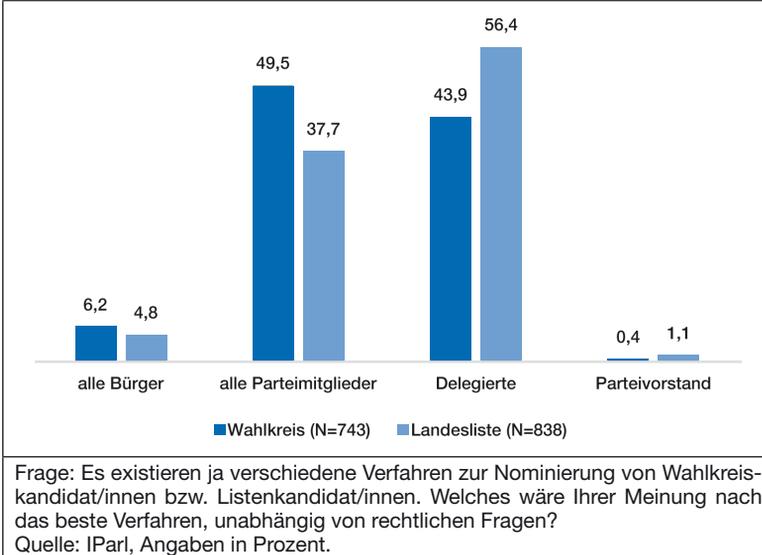
Zu den französischen Präsidentschaftswahlen 2017 führte die konservative Partei Les Républicains erstmalig offene Vorwahlen durch. Das heißt, es konnten auch Nicht-Parteimitglieder darüber abstimmen, wer der Präsidentschaftskandidat der Partei werden sollte. Für Parlamentswahlen kam das Verfahren zuletzt beispielsweise bei der Conservative Party in Großbritannien und der Österreichischen Volkspartei zum Einsatz. Stärker begrenzt wird der Personenkreis hingegen, wenn nur die jeweiligen Parteivorstände über die Bewerberauswahl entscheiden können. Beispiele hierfür liefern etwa die Demokratische Partei (Partito Democratico) in Italien und die „Ein-Mann-Partei“ von Geert Wilders Partij voor de Vrijheid in den Niederlanden.

In Deutschland sind weder offene Vorwahlen noch reine Vorstandsbeschlüsse zur Nominierung von Kandidaten zulässig. Das Bundeswahlgesetz schreibt, wie weiter oben gezeigt, die Aufstellung der Bundestagskandidaten auf einer Mitglieder- oder Delegiertenversammlung vor.

Die abstimmungsberechtigten SPD-Mitglieder wurden gefragt, welche der vier Varianten: Aufstellung durch 1. die wahlberechtigten Bevölkerung, 2. die Parteimitglieder, 3. die Delegierten oder 4. den Parteivorstand, ihrer Meinung nach – unabhängig von rechtlichen Fragen – das beste Nominierungsverfahren sei. Auf der **Wahlkreisebene** präferierten bei der SPD knapp die Hälfte der Befragten (49,5 Prozent) Mitgliederversammlungen (siehe Abbildung 11). Unwesentlich weniger (43,9 Prozent) bevorzugten das Delegiertenprinzip.

Für die exklusive Auswahl durch den Parteivorstand traten mit 0,4 Prozent nur äußerst Wenige ein. Ähnlich niedrige Werte weisen auch die anderen Parteien auf. Etwas mehr Unterstützung erfuhr die Möglichkeit, alle Bürger im Wahlkreis einzubeziehen: 6,2 Pro-

Abbildung 11: Bevorzugtes Aufstellungsverfahren bei der SPD



zent entschieden sich bei den Sozialdemokraten für diese Aufstellungsvariante, was im Parteienvergleich den dritten Platz nach den stärksten Befürwortern auf Seiten der AfD (9,2 Prozent) und der FDP (7,1 Prozent) bedeutet. Die wenigsten Anhänger für diese Option zählte die CSU (2,0 Prozent).

Die Auswahl der Bewerber durch den Parteivorstand oder durch alle Bürger fand auch auf der **Landesebene** kaum Unterstützung: Ähnlich wie in den anderen Parteien wollten nur sehr wenige SPD-Mitglieder die Nominierungsentscheidung allein der Parteiführung überlassen (1,1 Prozent). Eine Verfahrensöffnung für alle Bürger wünschten sich 4,8 Prozent, womit die Partei eine mittlere Position im Parteienvergleich einnimmt. Stattdessen bevorzugten 56,4 Prozent der befragten Sozialdemokraten die Durchführung von Delegiertenversammlungen. Völlige Ablehnung erfuhr die Beteiligung von Nicht-Mitgliedern bei der CSU (0 Prozent), während sich in der AfD 8,3 Prozent dafür aussprachen.

In Anbetracht der Tatsache, dass alle SPD-Landesverbände ihre Landesliste durch eine Delegiertenversammlung wählen ließen, überrascht der vergleichsweise hohe Zuspruch für Mitgliederversammlungen. Immerhin 37,7 Prozent der Auswählenden würden diese Variante favorisieren. Bis auf die der AfD votierten auch die Studienteilnehmer aller anderen Parteien auf Landesebene mehrheitlich für das Delegiertenprinzip: Am deutlichsten trifft dies für die CSU zu, während sich in der Linkspartei und der FDP ähnlich knappe absolute Mehrheiten wie in der SPD für Delegiertenversammlungen entschieden. Mit einer deutlichen Zustimmungsquote von 69,1 Prozent der Befragten bevorzugte man in der AfD Listenaufstellungen durch alle Mitglieder. Bei CDU und Grünen wurden von 66,8 bzw. 60,8 Prozent der Befragten Delegiertenversammlungen präferiert.

Trotz der Unterschiede im Detail fällt im Vergleich der Parteien eine Gemeinsamkeit auf: In allen Parteien sprachen sich mindestens 90 Prozent der Befragten für die im Bundeswahlgesetz vorgesehenen Aufstellungsverfahren, also für Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen, aus. Auf Wahlkreisebene waren die Studienteilnehmer aller Parteien überwiegend mit dem Status Quo zufrieden. Mitgliederversammlungen werden also angenommen und es besteht aus dieser Perspektive bei allen Parteien kein allzu großer Bedarf, das Verfahren weiter zu öffnen oder zu Delegiertenversammlungen zurückzukehren.

Dabei sollte berücksichtigt werden, welche Erwartungen mit Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen verbunden sind. Auf Mitgliederversammlungen gewählte Kandidaten könnten für sich in Anspruch nehmen, mehr Zustimmung seitens der Parteibasis zu haben. Auch die Wettbewerbssituation könnte eine andere sein. Eher parteikritische Bewerber, die gegen Parteigranden oder Amtsinhaber antreten, haben auf Mitgliederversammlungen möglicherweise bessere Chancen. Über die Einbeziehung aller Mitglieder kann darüber hinaus die Parteibasis mobilisiert und Nichtmit-

gliedern ein guter Grund geboten werden, in die Partei einzutreten. Ein solcher Anreiz wäre gegeben, wenn Neumitglieder ohne große Beschränkungen über die Auswahl der Kandidaten für die Bundestagswahl mitbestimmen könnten.

Dem stehen berechtigte Bedenken gegenüber. Parteivorstände warnen vor sogenannten Zufallsmehrheiten, also Mehrheiten, die innerparteiliche Machtverhältnisse nicht widerspiegeln. Ähnlich problematisch wären Verzerrungen regionaler Mitgliederverteilungen. So könnte der ausrichtende Orts- oder Kreisverband deutlich leichter seine Mitglieder zur Teilnahme am Parteitag mobilisieren als weit entfernte Verbände. Während von Mitgliederversammlungen aktivierende und partizipationsverstärkende Effekte erwartet werden, könnten sie aber auch das genaue Gegenteil bewirken: Das Delegiertenamt üben meist aktivere Parteimitglieder aus. Eine Öffnung von Delegierten- zu Mitgliederversammlungen würde das Engagement der Aktiven entwerten und könnte dieser Gruppe einen Anreiz nehmen, sich einzubringen. Ebenso kann die offenere Wettbewerbssituation auf Mitgliederversammlungen dazu führen, dass weniger ausgewogene Wahlvorschläge erstellt werden. So könnten Bewerber mit bestimmten Merkmalen, wie etwa Migrationshintergrund, weniger aussichtsreiche Positionen erhalten, als wenn die Liste auf einer Delegiertenversammlung erstellt worden wäre.

Inwiefern die Auswählenden der SPD diese Befürchtungen und Hoffnungen teilen, wurde ebenfalls abgefragt. So konnten sich mehr als drei Viertel (76,1 Prozent) der Befragten vorstellen, dass von Mitgliederversammlungen ein Mobilisierungsschub für die Parteiarbeit ausgeht. Immerhin noch 59,0 Prozent nahmen an, dass dieser Mobilisierungseffekt auch über die Partei hinauswirkt und zu mehr Parteieintritten führt. Eine Änderung der Wettbewerbssituation auf Mitgliederversammlungen zugunsten parteikritischerer Bewerber (58,2 Prozent) und Herausforderer von Amtsinhabern (56,4 Prozent) hielt ebenfalls die Mehrheit der Befragten

für denkbar. Auch die These, dass auf Mitgliederversammlungen aufgestellte Kandidaten sich auf eine höhere Legitimität stützen können, wurde von mehr als der Hälfte der Befragten unterstützt (59,9 Prozent).

Geringer fiel die Zustimmung zugunsten der Gründe aus, die eher für eine Delegiertenversammlung sprechen. Die Hälfte der befragten Sozialdemokraten (50,7 Prozent) gab an, dass sie es gerechtfertigt fänden, wenn diejenigen, die engagiert in der Partei mitarbeiten, auch mehr Einfluss auf die Kandidatenaufstellung ausüben können. Mehr als ein Drittel (39,9 Prozent) nahm an, Kandidaten mit besonderen Merkmalen, wie etwa Migrationshintergrund, würden eher auf Delegierten- als auf Mitgliederversammlungen aufgestellt werden.

Zusammengefasst ist festzuhalten, dass sich die befragten SPD-Mitglieder auf Wahlkreisebene durchaus eine Öffnung in Richtung Mitgliederversammlungen vorstellen können. Wenngleich die etwaigen Vorbehalte gegenüber inklusiveren Verfahren dieselben sind, sprechen sich auf der Landesebene weniger Sozialdemokraten für Mitgliederversammlungen aus. Während diesen auf der einen Seite überwiegend aktivierende Effekte zugeschrieben werden, waren andererseits fast die Hälfte der Befragten der Meinung, aktive, engagierte Mitglieder sollten bei der Kandidatenaufstellung mehr Mitspracherechte haben.

6. Zusammenfassung: Wer wählt wen, wie und warum in der SPD aus?

Nach langen innerparteilichen Diskussionen, inklusive Wechsel des Parteivorsitzenden, findet sich die SPD erneut in einer Großen Koalition wieder. Von Anfang an wurde von Seiten der Parteispitze betont, dass sich die SPD nicht als kleiner Juniorpartner verstehen werde, sondern ein Gegengewicht zu den Unionsparteien darstellen wolle. Das dafür zur Verfügung stehende Personal ist größtenteils unverändert geblieben. Die Abgeordneten der SPD-Fraktion waren zu 85 Prozent bereits im vergangenen Bundestag vertreten.

An den Nominierungen beteiligt waren mehrheitlich männliche, sehr gut gebildete und im Vergleich zur Parteibasis geringfügig jüngere Parteimitglieder. Sie verorteten sich im sozioökonomisch-soziokulturellen Konfliktkreuz auf der gesellschaftspolitischen Achse stärker libertär als autoritär und lassen eine eindeutige Tendenz zugunsten einer aktiven Steuerung der Wirtschaft durch die Politik erkennen. Auf der Wahlkreisebene konnten die SPD-Mitglieder in den meisten Fällen direkt, auf der Landesebene nur indirekt, das heißt über Delegierte, an der Kandidatenaufstellung mitwirken.

Vor allem die Vorstände auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene beeinflussten maßgeblich, welche Kandidaten für den Bundestag aufgestellt werden. Das letzte Wort hatten dennoch die Stimmberechtigten, die deshalb auf der Wahlkreis- und der Landesebene als sehr einflussreiche Gruppe gewertet wurden. Diese konnten jedoch nur dann eine Auswahlentscheidung treffen, wenn sich mindestens zwei Bewerber um eine Nominierung bemühten. Auf der Wahlkreisebene gab es solche Konstellationen häufiger als auf den Aufstellungsversammlungen für die Landeslisten.

In der SPD wurde von den Kandidaten zumeist erwartet, die so genannte Ochsentour durchlaufen, also ihr politisches Handwerk von der Pike auf erlernt zu haben. Gleichzeitig sollten sie aber auch außerhalb der Partei Anklang finden und so in der Lage sein,

Die Kandidatenaufstellung der SPD

Wählerstimmen zu gewinnen und ihre politischen Positionen öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Die Mitglieder der SPD waren mehrheitlich mit dem Aufstellungsverfahren zufrieden und bewerteten dies überwiegend als demokratisch, effizient und transparent.

Anhang

Tabelle 1: Rangfolge der gewünschten Kandidatenmerkmale				
Item	Wahlkreisebene		Landesebene	
	Rangplatz	Anteil sehr wichtig und wichtig in Prozent	Rangplatz	Anteil sehr wichtig und wichtig in Prozent
Verbundenheit mit unserer Parteibasis	2	95,2	2	95,4
gute Chance, Wählerstimmen zu gewinnen	4	93,1	5	93,4
Erfahrungen in der Kommunalpolitik	14	73,4	15	68,0
Erfahrungen in der Landespolitik	16	58,0	17	51,1
Bewährung in meiner Partei vor Ort	11	80,0	12	79,8
persönliche Ausstrahlung	3	94,3	4	95,1
Führungsfähigkeit	7	87,4	10	81,8
inhaltliche Positionen, die mit meinen übereinstimmen	8	87,4	8	86,0
Übereinstimmung mit den politischen Positionen meiner Partei	9	86,5	6	91,5
Lebenserfahrung auch außerhalb der Partei	10	81,5	9	83,5
Sachverstand in bestimmten Politikbereichen	5	92,9	3	95,3
Bekanntheit in der Bevölkerung	13	75,6	14	75,1
persönliche Bekanntschaft mit dem/der Kandidat/in	18	33,1	19	24,5
wirksame politische Öffentlichkeitsarbeit	6	88,3	7	87,0
gepflegtes Erscheinungsbild	12	79,7	13	78,0
Attraktivität, gutes Aussehen	19	29,2	18	26,5
Dokortitel	21	2,2	21	1,5
überzeugende Bewerbungsrede	15	72,1	16	66,0
vorhandenes Bundestagsmandat	20	13,9	20	15,7
Bürgernähe	1	96,6	1	96,6
ist bzw. wird auch auf einem vorderen Listenplatz/im Wahlkreis nominiert	17	51,5	11	81,0
Frage: Wie wichtig sind Ihnen folgende Kandidatenmerkmale für die Nominierung im Wahlkreis/ auf einen aussichtsreichen Listenplatz? Sind sie sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig? Quelle: IParl				

Die Kandidatenaufstellung der SPD

Tabelle 2: Einschätzungen zu Mitgliederversammlungen

Item	Anteil in Prozent
höhere Legitimität	59,9
kritische Mitglieder	58,2
Herausforderer	56,4
Mobilisierungsschub	76,1
Anreiz zum Parteibeitritt	59,0

Frage: Zur Kandidatennominierung auf Mitglieder- oder auf Delegiertenversammlungen gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Hier sind einige aufgeführt. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie dieser Einschätzung voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

- Auf einer Mitgliederversammlung aufgestellte Kandidat/innen verfügen über eine höhere Legitimität, als durch Delegierte aufgestellte Kandidat/innen. (N = 1.587)
- Auf Mitgliederversammlungen haben Kandidat/innen, die gelegentlich auch kritisch mit der eigenen Partei umgehen, bessere Chancen als auf Delegiertenversammlungen. (N = 1.587)
- Herausforderinnen und Herausforderer von amtierenden Bundestagsabgeordneten haben auf Mitgliederversammlungen bessere Chancen als auf Delegiertenversammlungen. (N = 1.580)
- Von Mitgliederversammlungen geht ein Mobilisierungsschub für die Parteiarbeit aus. (N = 1.575)
- Kandidatenaufstellungen auf Mitgliederversammlungen stellen einen Anreiz zum Parteieintritt dar. (N = 1.578)

Quelle: IParl

Tabelle 3: Einschätzungen zu Delegiertenversammlungen

Item	Anteil in Prozent
besondere Merkmale	39,9
Aktive	50,7

Frage: Zur Kandidatennominierung auf Mitglieder- oder auf Delegiertenversammlungen gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Hier sind einige aufgeführt. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie dieser Einschätzung voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

- Auf Delegiertenversammlungen haben Kandidat/innen mit besonderen Merkmalen, wie etwa Migrationshintergrund, bessere Chancen, aufgestellt zu werden. (N = 1.582)
- Diejenigen, die in den Gremien aktiv mitarbeiten, sollten auf die Aufstellung der Listenkandidatinnen/ Wahlkreis kandidat/innen stärkeren Einfluss haben, als passive Mitglieder. (N = 1.581)

Quelle: IParl